

Kanton Bern

Kanton kann sich Verschnaufpause verschaffen

Der Kanton kann ein solides Finanzergebnis ausweisen. Das Bevölkerungswachstum verlagert sich auf Gemeinden nahe den Ballungsgebieten, weil in den Städten Bern und Thun das Wohnungsangebot knapper geworden ist. Der Bedarf nach Büroflächen dürfte stagnieren. Diskutiert wird auch eine Neugestaltung der Spitallandschaft. Bei der Erschliessung nachhaltiger Energiequellen ist der Kanton breit aufgestellt.

Von Stefan Schmid

Die Berner Kantonsregierung hat sich vorletztes Jahr gründlich verschätzt. Denn statt eines Defizits resultierte bei der Jahresrechnung 2022 ein Überschuss von 350 Millionen Franken. Juristische Personen lieferten letztes Jahr 141 Millionen mehr in die Staatskasse ab als geplant. Hinzu kommen höhere Grund-

stückgewinnsteuern von 52 Millionen Franken aufgrund des boomenden Immobilienmarkts. Auch waren die Belastungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie und der Abfederung der Covid-Massnahmen um 67 Millionen Franken geringer als budgetiert. Dagegen reduzierten sich die Steuereinnahmen von



Privatpersonen um 23 Millionen Franken. Obwohl der Investitionsbedarf in die staatlichen Infrastrukturen weiterhin hoch bleibt, wurden netto 354 Millionen Franken investiert (Vorjahr: 401 Mio. CHF). Zuwendungen aus dem interkantonalen Finanzausgleich und eine Gewinnausschüttung von 480 Millionen Franken der Schweizerische Nationalbank (SNB) trugen ebenfalls dazu bei, dass der Kanton erstmals seit 1990 wieder ein Bilanzüberschuss ausweisen konnte. Wegen der hohen Verluste der SNB im letzten Jahr dürften die Ausschüttungen an die Kantone aber in diesem Jahr aller Voraussicht nach versiegen.

Mit dem Überschuss konnte der Kanton die Schuldenlast unter acht Milliarden Franken drücken, die Ende der 1990er-Jahre noch zehn Milliarden Franken betrug. Die Regierung will in den nächsten vier Jahren die Schulden um 800 Millionen Franken abbauen, wozu sie aufgrund der Schuldenbremse verpflichtet ist. Zudem verfolgt die Regierung das Ziel, die Steuern für natürliche wie juristische Personen zu senken. 2024 sollen in einem ersten Schritt die Einkommenssteuern um 0,5 Prozent und die Gewinnsteuern um zwei Steuerzehntel gesenkt werden, was Unternehmen um 30 Millionen und Privatpersonen um 72 Millionen Franken ent-



Das Bildungszentrum in Langenthal wird erweitert. Im dreigeschossigen Neubau (rechts) wird neben Unterrichtsräumen auch eine Mensa eingerichtet. Der bestehende Schultrakt im Hintergrund erhält ein zusätzliches Stockwerk.

Beim Bostudenzeig handelt es sich um eine der letzten unbebauten Bauzonen der Stadt Thun. Auf dem 45 000 Quadratmeter grossen Areal, rund zur Hälfte in städtischem Eigentum, ist ein neues Wohnquartier geplant mit einem bedeutenden Anteil für gemeinnütziges Wohnen.

Bild: Peter Jost



lasten soll. Die Steuersenkungen fallen in eine Zeit, in welcher der Wirtschaftsraum Bern ein überdurchschnittliches Wachstum hinlegte.

Wirtschaftsmotor läuft gut

In den Jahren 2021 und 2022 wuchsen die meisten Branchen im Wirtschaftsraum wieder kräftig und lagen damit über dem Schweizer Durchschnitt. Und im Krisenjahr 2020 fielen die Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) laut einer Analyse von BAK Economics weniger stark als in anderen Regionen. Die Branchenverteilung im Wirtschaftsraum Bern biete eine gewisse Stabilität, weil sich insbesondere öffentliche Verwaltungen und das Gesundheitswesen stabilisierend auswirkten. Verglichen wurde der Wirtschaftsraum mit den Agglomerationen Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Luzern. Der Wirtschaftsraum Bern, der 31 der 75 Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland umfasst, ist der Wachstumsmotor des Kantons.

Doch Bern ist auch im kantonalen Vergleich ein Schwergewicht. Gemessen am mittleren kantonalen BIP der Jahre 2008 bis 2020 generiert der Kanton zusammen mit Zürich, Waadt und Genf fast die Hälfte der Schweizer Wirtschaftsleistung. Zwar verzeichnete Bern auch 2022 schweizweit die höchsten Gewinnsteuersätze, doch

lagen diese nur unwesentlich über jenen von Zürich.

Einen Überschuss kann auch die Stadt Bern in der Rechnung 2022 ausweisen. Die Steuererträge von juristischen und natürlichen Personen sowie der Zufluss aus der Grundstückgewinnsteuern übertrafen die Erwartungen. Auch wirkte sich bei den Vermögens- und Liegenschaftssteuern die amtliche Bewertung positiv aus. Der Überschuss wurde in die finanzpolitischen Reserven eingelegt. Doch bleibt die Finanzlage der Stadt bei einer Neuverschuldung von 110 Millionen Franken weiterhin angespannt. Der Investitionsbedarf bedingt laut Finanzdirektor Michael Aebersold Überschüsse von jährlich rund 20 Millionen Franken, damit das Schuldenwachstum begrenzt werden könne: Das laufende Entlastungspaket sei daher weiterzuführen, aber ein weiteres zurzeit nicht nötig. Zugleich müsse die Stadt Zentrumslasten tragen, die aber der Finanzdirektor vom kantonalen Finanzausgleich zu wenig abgegolten sieht.

Wachstum ausserhalb der Zentren

Das Bevölkerungswachstum im Kanton war im letzten Jahrzehnt allerdings unterdurchschnittlich. Wirtschaftliche Dynamik sowie das Steuerniveau, aber auch die Verfügbarkeit von Wohnraum beeinflussen

die Bevölkerungsentwicklung massgeblich. Zwischen 2011 und 2021 betrug im Kanton das Bevölkerungswachstum 6,3 Prozent, während es schweizweit in der gleichen Zeitspanne rund 12 Prozent waren. Zudem hat sich das Wachstum vor allem auf Gemeinden am Rand von Ballungszentren auf den Hauptverkehrsachsen Bern, Biel, Solothurn und Thun verlagert. Zwischen 20 und 25 Prozent betrug das Wachstum beispielsweise in Hermringen, Müntschemier oder Orpund. In Aegerten und Pieterlen hat sich die Zahl der Wohnbevölkerung seit 2011 um rund ein Drittel erhöht.

Verschiedene Gemeinden haben Steuersenkungen vorgenommen, doch aufgrund des Bevölkerungswachstums und des damit einhergehenden Ausbaus der Infrastrukturen mussten sie ihren Entscheid revidieren und die Steuern wieder erhöhen wie im Fall von Köniz. Für Iris Mark-

Bern	2021	2022
Bevölkerung (* prov. Zahl)	1 047 473	1 051 083 *
Bevölkerungswachstum	0,38 %	0,34 %
Leerwohnungen	1,61 %	1,48 %
Fläche in km ²	5959,4	

Quelle: Bundesamt für Statistik

walder, Leiterin Gemeindefinanzen beim Kanton, handelt es sich in den allermeisten Fällen um «Wachstumsschmerzen», wie sie die Dynamik gegenüber der Zeitung «Der Bund» diagnostiziert.

Bevölkerungszuwachs könnte die Bundesstadt durch die Fusion mit Ostermundigen erhalten. Im Herbst befindet in beiden Gemeinden die Bevölkerung über den möglichen Zusammenschluss. Auch in der Region Thun wird eine Gemeindefusion zum Thema. Die realen Chancen dafür will die Stadt Thun in einer Grundsatzdiskussion mit mehreren umliegenden Gemeinden ausloten. Der Kanton belohnt Fusionen finanziell, denn bei den 338 Gemeinwesen handelt es sich bei mehr als einem Drittel um Klein- und Kleinstgemeinden.

Knappes Angebot, hohe Mieten

«Ein Trend, der seit der Pandemie weiter anhält, ist, dass weniger aus beruflichen Gründen umgezogen wird, da man dank Homeoffice weniger stark an den Arbeitsort gebunden ist», sagt Robert Weinert, Leiter des Immo-Monitorings von Wüest Partner. Als Hauptgründe für einen Wohnungswechsel werden laut der Analyse die zu kleine Wohnfläche, allgemeine Unzufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation oder die Veränderung der Lebenslage genannt, beispielsweise bei einem Zuwachs der Familie. Doch in der Stadt Bern wird es für Familien mit mehreren Kindern immer schwieriger, eine zahlbare Wohnung zu finden. In der Stadt kostet eine 4,5-Zimmer-Wohnung im Schnitt 2550 Franken,

wie der «Bund» anhand von Mietpreisen in Immobilienportalen eruierte. Mittlerweile beträgt die Leerstandquote in der Stadt Bern 0,57 Prozent, mit 0,54 Prozent ist sie in Thun ähnlich tief (Biel: 2,56 %).

«In Bern wird zu wenig und zu langsam gebaut», sagt Alexander Schaller, Geschäftsführer der Fambau-Genossenschaft, gegenüber dem «Bund». Dennoch soll es mit der Bebauung des Viererfelds endlich vorwärts gehen. Im Juni muss die Bevölkerung an der Urne den Gemeinderat ermächtigen, mit der Hauptgenossenschaft, einem Zusammenschluss von rund 30 lokalen Genossenschaften, und der Mobilier Asset Management AG «zu gegebener Zeit den Baurechtsvertrag abzuschliessen». Drei weitere Baurechte fallen in die Kompetenz des Stadtrates, der davon bereits Gebrauch machte und ein Baufeld bereits vergeben hat. Die geplanten 1140 Wohnungen für insgesamt 3000 Personen werden das Angebot allerdings nur allmählich erhöhen. Denn die Baurechte kleinerer Bauparzellen sollen in späteren Etappen erteilt werden. Im März hiessen fast zwei Drittel der Stimmberechtigten in der Stadt einen Kredit über 125 Millionen Franken gut für Infrastruktur und Planung auf dem Vierer- und Mittelfeld. Bereits 2016 stimmte die Bevölkerung über die Zonenpläne ab, trotzdem gibt es bis heute Widerstand gegen die Überbauung.

Agglomeration wird vielfältiger

Das Kantonsparlament wiederum verpflichtete die Regierung, die Zahl der Verwaltungsstandorte zu reduzieren und auf

wenige Gebäude zu konzentrieren. In den Richtlinien für Büroflächen des Kantons ist laut dem «Bund» zudem künftig die Bürofläche pro Vollzeitstelle unabhängig von der hierarchischen Stellung auf 14,5 Quadratmeter limitiert. Bürofläche einsparen soll künftig auch das VBS, indem bei der Verwaltung vermehrt kollektiv nutzbare Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die Regeln für Desksharing geht auf einen Beschluss des Bundesrats vom Jahr 2020 zurück. Als Folge wird beim Stadtberner Guisanplatz auf einen Neubau als Zentrale für das VBS verzichtet, wofür eigentlich 300 Millionen Franken vorgesehen gewesen wären. Stattdessen wird der Altbau einer Sanierung unterzogen, die voraussichtlich zwischen 2027 bis 2032 ausgeführt wird.

Der Bund will die Verwaltung grundsätzlich auf einzelne Standorte konzentrieren. Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat daher den Auftrag erhalten, die räumlich verteilten Ämter von Departementen in die Vororte der Stadt Bern zu verlagern, wo der Spielraum dafür noch grösser ist als im Zentrum. In Ittigen beschäftigt der Bund mittlerweile 2000 Angestellte, in Köniz sind es 1700. Und in Zollikofen liess der Bund im letzten Jahrzehnt direkt neben dem RBS-Bahnhof mehrere Bürogebäude hochziehen, sodass dort bald 3200 Bundesangestellte arbeiten werden. In der Vorortsgemeinde Zollikofen ist in den nächsten Jahren zudem der Bau von 400 Wohnungen geplant. «Die Agglomeration ist nicht mehr nur Wohn-, sondern auch Arbeitsort, sie wird dadurch lebendiger und dynamischer», beschreibt Heike Mayer, Leiterin der Forschungsgruppe Wirtschaftsgeographie an der Uni Bern, die Entwicklung.

Spitallandschaft im Umbruch

Viele Spitäler im Kanton stehen unter finanziellem Druck. Hinzu kommt der Fachkräftemangel. Nun soll die Insel-Gruppe innerhalb der Berner Spitallandschaft gestärkt werden. Ziel ist es, dass die Spitäler mehr kooperieren und das Angebot besser aufeinander abstimmen, wie der «Bund» berichtete. In den sogenannten «Hubs» sollen laut dem beabsichtigten Konzept komplexe Fälle behandelt werden, während sich die übrigen Spitäler spezialisieren oder in Gesundheitszentren überführt werden sollen. Auch soll die Zahl der Versorgungsregionen von sechs auf vier Gebiete reduziert werden. In der Debatte um die Neustrukturierung der medizinischen Versorgung geht es auch um eine zentrale Steuerung sowie um Fusionen oder Schliessungen.

Neu ausgerichtet wurde letztes Jahr bereits die Gesundheitsversorgung im



Ausserholligen im Westen der Stadt Bern entwickelt sich rasant. Ein Teil der Familiengärten muss dem Ausbau der Volksschule Stöckacker weichen, ein anderer Bereich soll als öffentlich zugänglicher Spiel- und Erholungsraum dienen. Ab 2025 wird zudem die S-Bahnhaltestelle Europaplatz Nord neu gebaut.

Obersimmental und im Saanenland, weshalb die anstehende Renovation oder der Neubau des Spitals Zweisimmen wohl redimensioniert wird. Geschlossen werden im nächsten Halbjahr die Spitäler in Tiefenau und Münsingen, wobei die Insel-Gruppe die 1000 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an anderen Standorten weiterbeschäftigen will. Nun wollen rund 30 Belegärzte das Spital in Münsingen kaufen und weiter betreiben.

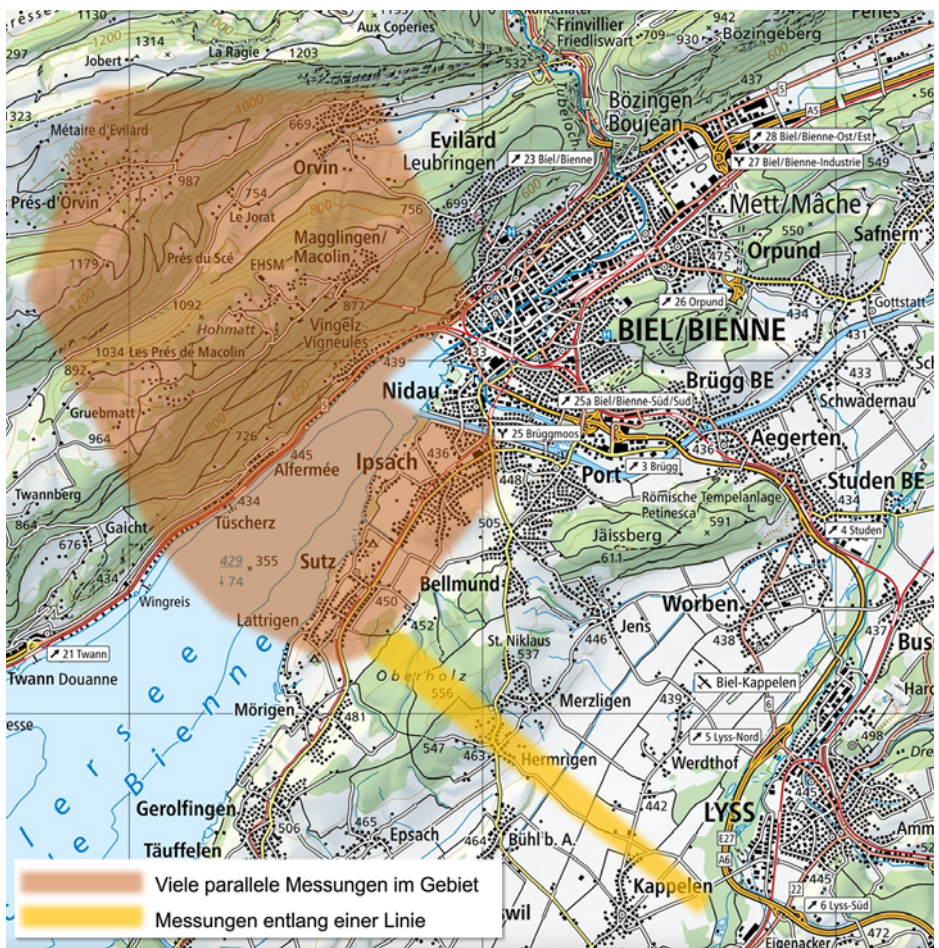
Bis Ende 2023 soll der Berner Lindenhofgruppe AG zudem die Machbarkeitsstudie vorliegen für den Bau eines neuen Spitalgebäudes. Das in Frage kommende Areal beim Guisanplatz hat die Bürgergemeinde allerdings letztes Jahr bereits für den Bau von 400 Wohnungen freigegeben. Sollte dort ein Spital geplant werden, müsste auch die Zahl der Wohnungen reduziert werden, die laut Stadtpräsident Alec von Graffenried jedoch an den alten Standorten des Lindenhospitals gebaut werden könnten.

Hohe Schule der Bauverzögerung

Die Realisierung des Campusgebäudes der Berner Fachhochschule in Biel ist endlich ein grosser Schritt näher gerückt, nachdem sich der Kanton aussergerichtlich mit einem Grundeigentümer einigen konnte. Der Grosse Rat hat letzten Sommer einen Zusatzkredit gesprochen, sodass der Bau voraussichtlich 2027 bezugsbereit sein könnte. Zwischen 2024 und 2034 will der Kanton verschiedene Schulgebäude einer Sanierung unterziehen lassen wie jenes der Schule für Gestaltung, die während der Bauzeit in ein Provisorium auf dem Bernapark in Deisswil zieht, sowie die Gymnasien Kirchenfeld und Neufeld. Der Regierungsrat hat zudem dem Grossen Rat einen Kredit von 62 Millionen für den Neu- und Umbau des Gymnasiums Hofwil in Münchenbuchsee beantragt. Und die Stadt Bern kann für 50 Millionen die Schwabgut-Schule in Bethlehem und für 22,7 Millionen Franken die Schulanlage Enge sanieren.

Rückenwind für Solarexpress

Beim Ausbau der Photovoltaik (PV) geriet der Kanton etwas ins Hintertreffen. Ende 2021 waren laut einer Datenanalyse des «Bund» kantonsweit lediglich fünf Prozent geeigneter Dachflächen mit Solarzellen bestückt. Mit ein Grund ist, dass ein Solarausbau auch steuerlich relevant ist. Daher hat der Grosse Rat Anfang Jahr korrigierend eine Steuergesetzrevision vorgenommen. In der im November 2021 eingereichten «Berner Solarinitiative» fordern die Grünen zudem, dass auf allen geeigneten Dä-



Neubau- und Sanierungsprojekte für das Bundesamt für Sport (Baspo) im Perimeter rund um Magglingen sollen mittels Erdwärme oder Geothermie versorgt werden. In der Gegend will man nun mit Messungen des Untergrunds das geothermische Potenzial prüfen.

chern und Fassaden Solarstrom produziert werden soll – und dies bis spätestens 2040. Doch die Nachrüstspflicht bei bestehenden Bauten geht der Regierung zu weit und sie begründet dies mit dem Eingriff in die Eigentumsrechte. Eine Solarpflicht will sie nur bei Neubauten und Dachsanierungen, auch eine Frist lehnt sie ab.

Weil der Solarstrom nicht über weite Strecken bis ins Mittelland geleitet werden muss, sind Freiflächen in den Berner Alpen prädestiniert für PV-Kraftwerke. Im Berner Oberland werden eine Reihe von Standorten für Solaranlagen evaluiert. Pläne für den Bau von PV-Anlage gibt es in Skiregionen oder im Gantrischgebiet, wo eine Solaranlage auf einer alpinen Freifläche mit einem Jahresertrag von 11 Gigawatt erstellt werden könnte.

Gemäss Energiestrategie sollen Windkraftanlagen bis 2050 rund sieben Prozent des Strombedarfs in der Schweiz decken. Wie die dafür erforderlichen rund 4,3 Terawattstunden (TWh) pro Jahr in der Schweiz produziert werden könnten, zeigt eine ETH-Studie um Adrienne Grêt-Regamey, Professorin für Planung von Landschaften und Urbanen Systemen. Das Potenzial wird in verschiedenen Szenarien durchgerech-

net. In einem der Szenarien liesse sich der überwiegende Teil des Windstroms vor allem im Westschweizer Mittelland produzieren, wobei sich knapp über 40 Prozent der leistungsstärksten Turbinen im Kanton Waadt und je etwa 13 Prozent in den Kantonen Freiburg und Bern befänden.

Tourismus auf Weg in Richtung Top

Die Berner Feriendestinationen konnten 2022 gute Ergebnisse ausweisen. In der Stadt Bern nahmen die Logiernächte der Hotellerie um 60,9 Prozent zu und lagen laut Auswertungen von Statistik Stadt Bern fast wieder auf dem Niveau der Jahre vor der Pandemie. Und die Jungfraubahn konnte im Dezember erstmals wieder gleich viele Gäste aufs Jungfrauoch führen wie vor der Krise. Trotz der guten Entwicklung des bedeutendsten Segments der Gruppe, lag laut Mitteilung des Unternehmens die Zahl der Besucherinnen und Besucher übers gesamte Berichtsjahr gesehen aber noch rund 40 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Mit einem Plus von 115 Prozent beim Jungfrauoch sei das Jahr sehr gut angelaufen. Vom positiven Trend der letzten drei Jahre dürfte der Hotelbau im Kanton profitieren können. ■